

Finanzordnung des Kreisfeuerwehrverbandes Gießen e. V.

§ 1 Vorbemerkungen

Der Kreisfeuerwehrverband Gießen e. V. (nachfolgend „Verband“ genannt) gibt sich zur Regelung des Finanz- und Haushaltswesen folgende Finanzordnung.

§ 2 Haushaltsplan

Gemäß § 10 Abs. (4) der Satzung erstellt der Vorstand einen Haushaltsplan. Zu Beginn eines jeden Haushaltsjahres sind die zu erwartenden Einnahmen und Ausgaben in einem Haushaltsplan zu veranschlagen. Der Haushaltsplan ist nach sachlichen Gesichtspunkten klar zu gliedern.

Die Haushaltsansätze, alle Kalkulationen und notwendige Schätzungen sollen vorsichtig vorgenommen werden.

Der Entwurf des durch den Vorstand erstellten Haushaltsplans wird durch den Verbandsausschuss beraten. Dieser Entwurf wird den Mitgliedern zur ordentlichen Verbandsversammlung vorgelegt.

§ 3 Jahresrechnung

Zum Ende eines jeden Geschäftsjahres (gleich Kalenderjahr) sind die Bücher abzuschließen. Eine entsprechende Jahresrechnung ist zu erstellen (Finanzbericht). Die tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben sind den Ansätzen im Haushaltsplan gegenüberzustellen. Vermögen und Verbindlichkeiten sind zu ermitteln und zu dokumentieren.

Die Jahresrechnung wird vom Kassenverwalter nach Beratung im Vorstand und im Verbandsausschuss der Verbandsversammlung zur Genehmigung vorgelegt.

§ 4 Rechnungsführung

(1) Allgemeines

Für die Rechnungsführung ist unbeschadet der Gesamtverantwortung des Vorstandes der Kassenverwalter verantwortlich. Die Führung von Kassen und Konten des Verbandes außerhalb der eigenen Rechnungsführung ist untersagt.

Alle Konten bei Kreditinstituten müssen auf den Namen des Verbandes lauten. Der gesamte Zahlungsverkehr sollte in der Regel bargeldlos abgewickelt werden.

Der Vorstand kann einzelnen Personen für besondere Aufgabenbereiche Handlungskompetenzen und Kontovollmachten übertragen.

(2) Rücklagen

Für größere Anschaffungen oder Fördermaßnahmen gemäß dem Satzungszweck bildet der Verband Rücklagen und führt diese im Haushaltsplan auf.

(3) Sozialfonds

Gemäß der Satzung des Verbands wird ein Sozialfonds gebildet. Näheres regelt die Ordnung des Sozialfonds des Kreisfeuerwehrverbandes Gießen e. V.

(4) Kassenführung der Jugendabteilung

Die Jugendabteilung des Verbandes führt unter Aufsicht des Kassenverwalters des Verbandes ihren Zahlungsverkehr selbstständig.

Zur Erreichung der Ziele wird der Jugendabteilung ein jährliches Budget, welches im Haushaltsplan festgelegt wurde, durch den Verband zur Verfügung gestellt.

Einnahmen dürfen aus steuerlichen Gründen ausschließlich über die Hauptkasse in das Verbandsvermögen eingebracht werden. Der gesamte Zahlungsverkehr soll in der Regel bargeldlos abgewickelt werden. Die Führung von Kassen und Konten des Verbandes außerhalb der eigenen Rechnungsführung ist untersagt. Alle Konten bei Kreditinstituten müssen auf den Namen des Verbandes lauten (Unterkonten). Die Eröffnung weiterer Konten ist nur durch die vertretungsberechtigten Vorstandsmitglieder gem. § 26 BGB zulässig.

Zum Ende eines jeden Geschäftsjahres (gleich Kalenderjahr) sind die Bücher abzuschließen. Eine entsprechende Jahresrechnung ist zu erstellen. Die Prüfung der Kasse erfolgt im Zusammenhang mit der Kassenprüfung des Verbandes (siehe § 9 dieser Finanzordnung).

Nicht in Anspruch genommene Mittel können als Rücklage für Arbeiten innerhalb der Abteilung in das Folgejahr übertragen werden. Das zum Jahresabschluss vorhandene Vermögen wird in die Vermögensaufstellung des Verbandes als gesonderter Posten aufgenommen.

(5) Kassenführung weiterer Abteilungen

Weitere (außer der Jugendabteilung siehe oben) Abteilungen gemäß § 13 der Satzung können nach Vorstandsbeschluss unter Aufsicht des Kassenverwalters des Verbandes ihren Zahlungsverkehr selbstständig ausüben. Zur Erreichung der Ziele kann den Abteilungen ein jährliches Budget, welches im Haushaltsplan festgelegt wurde, durch den Verband zur Verfügung gestellt werden.

Bezüglich der Kassenführung und des Jahresabschlusses gelten die Ausführungen gemäß Absatz (3).

§ 5 Buchführung

Die Buchführung des Verbandes muss nach den handelsrechtlichen Grundsätzen ordnungsgemäßer Buchführung (GOB) erfolgen. Für die sachliche und rechnerische Richtigkeit von Belegen und daraus resultierenden Buchungen zeichnet der jeweilige Bevollmächtigte bzw. der Abteilungsverantwortliche im Rahmen der ihm übertragenen Aufgabenbereiche, Vollmachten und Kompetenzen verantwortlich.

Der Vorstand hat sich regelmäßig und in geeigneter Weise von der ordnungsgemäßen Buchführung zu überzeugen. Dieses geschieht in der Regel durch einen Halbjahresbericht des Kassenverwalters in einer Vorstandssitzung. Dem geschäftsfüh-

renden Vorstand sind Kontrollen und Einsichtnahme in alle Beleg- und Buchungunterlagen zu ermöglichen.

§ 6 Verwendung der Mittel

Alle Personen, die über Mittel des Verbands verfügen, sind gehalten, sparsam zu sein. Die Mittel des Verbands dürfen nur für satzungsgemäße Zwecke verwendet werden. Der Vorstand und die mit Kompetenzen und Vollmachten ausgestatteten Personen sind bei allen Ausgaben an den genehmigten Haushaltsplan gebunden. Bis zur Genehmigung des Haushaltsplanes durch die Verbandsversammlung dürfen die Zahlungen die jeweiligen Haushaltsansätze des Vorjahres nicht übersteigen. Der Vorstand kann zwingend notwendige überplanmäßige Ausgaben in Absprache und mit Zustimmung des Verbandsausschusses vornehmen. Alle Haushaltspositionen, ausgenommen der Abteilungsbudgets, sind gegenseitig deckungsfähig.

§ 7 Aufwandsentschädigungen/Auslagenersatz

Der Vorstand übt seine Tätigkeit grundsätzlich ehrenamtlich aus. Es kann den Vorstandsmitgliedern eine von dem Verbandsausschuss zu beschließende Aufwandsentschädigung gewährt werden, die auch pauschal gezahlt werden kann. Die Festlegung des Höchstbetrages für die pauschale Aufwandsentschädigung richtet sich nach den entsprechenden steuerrechtlichen Vorschriften (§ 3 Nr. 26a EStG). Der Gesamtbetrag der Aufwandsentschädigungen darf den Haushaltsansatz nicht überschreiten. Die Auszahlung der Aufwandsentschädigung erfolgt nur, wenn die Tätigkeit regelmäßig wahrgenommen wird. Die Feststellung hierüber trifft der Vorstand.

Fahrtkosten werden in Anlehnung an das Hessische Reisekostengesetz gezahlt. Spesen- und Übernachtungskosten werden gem. Einzelkostennachweis erstattet.

§ 8 Abrechnungsvorschriften

Verauslagte erstattungsfähige Kosten werden nur anhand von Kostenaufstellungen erstattet, die zeitnah innerhalb des Geschäftsjahres vorgelegt werden sollen. Dies gilt auch für die Abrechnung von Kostenpauschalen ohne Einzelnachweis.

§ 9 Kassenprüfung

Die Buchführung eines jeden Haushaltsjahres ist durch zwei von der Verbandsversammlung gewählte Kassenprüfer zu prüfen. Die Prüfung muss nach Abschluss des Rechnungsjahres vorgenommen werden und soll bis zum 01.03. des Folgejahres erfolgen. Über jede Prüfung ist ein Protokoll durch die gewählten Kassenprüfer zu erstellen, das dem Verbandsvorsitzenden unverzüglich vorzulegen ist. Ein zusammengefasster Prüfungsbericht mit allgemeinen Angaben über die ordnungsgemäße Kassenführung ist von den Kassenprüfern auf der Verbandsversammlung vorzutragen.

Auf Antrag der Kassenprüfer beschließt die Verbandsversammlung die Entlastung des Vorstandes.

§ 10 Beitrags- und Gebührenwesen

(1) Mitgliedsbeiträge

Beitragspflichtige Mitglieder sind alle Mitglieder gemäß § 14 Abs. 1 der Satzung. Die Höhe der Mitgliedsbeiträge wird durch Beschluss der Verbandsversammlung festgelegt.

(2) Umlagen an die Abteilungen

Die Finanzierung der Abteilungen kann durch eine jährliche Umlage erfolgen. Die Höhe wird - über entsprechende Posten im Haushaltsplan - durch die Verbandsversammlung festgelegt. Wenn keine Änderungsvorschläge hinsichtlich der Höhe der Umlage erfolgen, gilt der zuletzt gefasste Beschluss.

(3) Fälligkeiten und Informationspflichten

Beiträge, Umlagen und sonstige berechnete Leistungen werden 30 Tage nach Rechnungsstellung zur Zahlung an den Verband fällig.

Beiträge und Umlagen sind Bringschulden des Mitglieds. Die Erhebung kann im Lastschriftverfahren mit Einzugsermächtigung erfolgen. Weist das Konto eines Mitglieds zum Zeitpunkt der Abbuchung des Betrages keine Deckung auf, so haftet das Mitglied gegenüber dem Verband für sämtliche in Zusammenhang mit der Beitrags-einziehung sowie eventuellen Rücklastschriften entstehenden Kosten. Dem Verband sind zeitnah schriftlich oder auf elektronischem Wege alle für die Geschäftsbeziehung wesentlichen Tatsachen anzuzeigen, insbesondere Änderungen des Namens, der Anschrift oder Bankverbindung.

(4) Über Ausnahmen für die Erhebung, Stundung, Ermäßigung oder Erlass von Leistungen nach § 10 entscheidet der Vorstand.

(5) Rückständige Leistungen nach § 10 können nach zweimaliger Mahnung auch auf gerichtlichem Wege eingefordert werden. Für jede Mahnung kann eine Gebühr von 5,-€ zzgl. Verzugszinsen (Basiszinssatz + 5%) erhoben werden.

§ 11 In-Kraft-Treten der Finanzordnung

Diese Finanzordnung wurde am 02.10.2010 durch den Verbandsausschuss beschlossen.



Mario Binsch, Verbandsvorsitzender